

Ständerat

Conseil des Etats

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



18.315 s Kt.lv. SO. Postversorgung

Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vom 1. Juli 2019

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 die vom Kanton Solothurn am 9. Juli 2018 eingereichte kantonale Initiative vorgeprüft.

Die Initiative verlangt, dass der wirtschaftliche Optimierungsdruck im Bereich des Poststellennetzes reduziert wird und das Leistungsangebot mindestens erhalten werden kann.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt einstimmig, der kantonalen Initiative keine Folge zu geben.

Berichterstattung: Janiak

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Claude Janiak

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Die Bundesversammlung wird ersucht, der nachstehenden Standesinitiative Folge zu leisten: Das Postgesetz (PG; SR 783.0) und die dazugehörige Postverordnung (VPG; SR 783.01) sind dahingehend abzuändern, dass der wirtschaftliche Optimierungsdruck im Bereich des Poststellennetzes reduziert wird und das Leistungsangebot (Service public) im Sinne von Artikel 1 des PG mindestens erhalten werden kann. Das Leistungsangebot soll stabilisiert und die Anpassungsgeschwindigkeit an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden.

1.2 Begründung

Die Pläne der Post, im Kanton Solothurn flächendeckend Poststellen aufzuheben, entsprechen nicht dem Artikel 1 des PG. Die dazugehörige Verordnung regelt die qualitative Versorgung zu wenig oder auf zu tiefem Niveau. Dies ist anzupassen. Drei Beispiele:

1. In 67 der 109 Solothurner Gemeinden sind 90 Prozent der Bevölkerung zu Hause. Über 40 Gemeinden können nach heutigem Indikator von der Postversorgung abgeschnitten werden. Der Indikator muss auf mindestens 95 Prozent der Bevölkerung angehoben werden.
2. Eine Poststelle oder Postagentur muss in 20 Minuten zu Fuss oder mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar sein (Art. 33 VPG). Im ländlichen Bucheggberg schafft man es zwar am Morgen in 20 Minuten auf eine Poststelle mit dem öffentlichen Verkehr. Aber ein Bus zurück fährt erst wieder mehrere Stunden später auf den Mittag hin.
3. Wo wird der Abbau enden? Als Vorgabe gilt heute: Mindestens eine Poststelle pro Raumplanungsregion. Der Kanton Solothurn hat fünf Raumplanungsregionen. Muss man sich auf fünf Poststellen für den ganzen Kanton Solothurn einstellen?

Die Post wird mit dem PG in einen weitgehend liberalisierten Markt gestellt. Aus rein betriebswirtschaftlicher Optik muss sie die Kosten des Poststellennetzes, nicht zuletzt wegen veränderter Nutzungsgewohnheiten, deutlich reduzieren. Städte und Gemeinden wollen aber eine moderatere Anpassungsgeschwindigkeit, als sie sich aus rein wirtschaftlicher Optik ergibt. Um diesen Interessenskonflikt auszugleichen, braucht es Anpassungen im PG.

Postagenturen können heute nicht dasselbe Dienstleistungsangebot bieten wie eine Poststelle. Die Umstellung von einer Poststelle zu einer Agentur ist somit eine Einbusse im Service public. Insbesondere ältere Leute in ländlichen Gebieten haben so keinen Zugang mehr zum Dienstleistungsangebot der Post.

Um eine Leistungsoptimierung des Service public im Bereich der Postversorgung in unserem Sinne zu erreichen, ist auch eine Anpassung der Finanzierungsgrundlagen des Poststellennetzes zu überprüfen.

2 Erwägungen der Kommission

An ihrer Sitzung vom 4. April 2019 hat die Kommission eine Vertretung des Kantons angehört. Ausserdem hat sie sich an ihrer Sitzung vom 1. Juli 2019 vertieft mit der Post befasst und dazu je eine Aussprache mit der Departementsvorsteherin und der Post-Spitze geführt. Die KVF ist der Ansicht, dass im Postbereich Handlungsbedarf besteht und dass die verschiedenen kantonalen Initiativen der vergangenen Jahre berechnete Anliegen aufgegriffen haben. Sie weist darauf hin, dass einer dieser Initiativen – derjenigen des Kantons Jura ([17.314](#)) – Folge gegeben wurde und



damit bereits ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Vorlage im Parlament hängig ist. Da die vorliegende Initiative weitgehend in der Initiative 17.314 enthalten ist, hat die KVF entschieden, sich auf die jurassische Initiative zu konzentrieren, und beantragt ihrem Rat einstimmig, der Initiative Solothurn (sowie den Initiativen mit ähnlichen Forderungen aus Genf [18.312](#) und Basel-Stadt [18.314](#)) keine Folge zu geben. Die Umsetzung der Initiative Jura wird die Kommission nach Vorliegen einer Gesamtschau der Post in der ersten Hälfte 2020 angehen.